

Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung
und Umweltfragen

Kernkraftwerk Gundremmingen II (KRB II)
Landkreis Günzburg

5. Teilgenehmigung zur Errichtung der Anlage

2. Nov. 1981

5. Teilgenehmigungsbescheid
nach § 7 Atomgesetz (AtG)
zur Errichtung des Kernkraftwerks Gundremmingen II (KRB II)

Inhaltsverzeichnis

Tenor	Seite
I. Antragsteller und Gegenstand der Genehmigung	2
II. Genehmigungsunterlagen	3
III. Allgemeine Auflagen zu Auslegung, Ausführung und Einbau von Anlagenteilen	6
IV. Besondere Auflagen und Hinweise	6
V. Verantwortliche Personen	7
VI. Sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften	8
VII. Anzeigen und Vorbehalte	9
VIII. Kosten	9
IX. Sofortige Vollziehung	9

II

Begründung	Seite
A. Sachverhalt	10
1. Bisheriger Ablauf des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens für das Kernkraftwerk Gundremmingen II	10
2. Gegenstand und Ablauf des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens zur Erteilung des 5. Teilgenehmigungsbescheids	10
B. Rechtliche und sicherheitstechnische Würdigung	11
1. Rechtsgrundlage	11
2. Genehmigungsvoraussetzungen	12
2.1 Zuverlässigkeit der Antragsteller und der verantwortlichen Personen sowie Fachkunde der verantwortlichen Personen	12
2.2 Vorsorge gegen Schäden durch die Errichtung und den späteren Betrieb	12
2.3 Vorsorge für die Erfüllung gesetzlicher Schadensersatzverpflichtungen	14
2.4 Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter	14
2.5 Reinhaltung des Wassers, der Luft und des Bodens	15

III

	Seite
3. Entsorgungsvorsorge	15
4. Beachtung sonstiger öffentlich- rechtlicher Vorschriften	16
C. Kostenentscheidung	16
D. Anordnung der sofortigen Vollziehung	17
Rechtsbehelfsbelehrung	25

BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR
LANDESENTWICKLUNG UND UMWELTFRAGEN

München, 2.11.1981

An die

1. Rheinisch-Westfälisches
Elektrizitätswerk AG
Kruppstraße 5
4300 Essen 1
2. Bayernwerk AG
Blutenburgstraße 6
8000 München 19
3. Kraftwerk Union AG
Hammerbacherstraße 12 + 14
8520 Erlangen
4. Hochtief AG
Bockenheimer Landstraße 24
6000 Frankfurt 1
5. Kernkraftwerk Gundremmingen
Verwaltungsgesellschaft mbH
8871 Gundremmingen

Das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (StMLU) erläßt im Einvernehmen mit den Bayerischen Staatsministerien für Arbeit und Sozialordnung sowie für Wirtschaft und Verkehr folgenden

5. Teilgenehmigungsbescheid

nach § 7 Atomgesetz (AtG)

zur Errichtung des Kernkraftwerks Gundremmingen II (KRB II)

I.

I. Antragsteller und Gegenstand der Genehmigung

1. Den Antragstellern

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, Essen,
Bayernwerk AG, München,
Kraftwerk Union AG, Erlangen,
Hochtief AG, Frankfurt, und
Kernkraftwerk Gundremmingen Verwaltungs-
gesellschaft mbH, Gundremmingen

wird unter den in diesem Bescheid festgesetzten Auflagen für
folgende Anlagenteile beider Blöcke des Kernkraftwerks Gund-
remmingen II die Genehmigung zur Errichtung erteilt:

- 1.1 Das Wasserstoffüberwachungssystem XP 60
- 1.2 das Wasserstoffabbausystem XP 90
- 1.3 die Reaktordruckbehältereinbauten Kernmantel,
Rückströmraumabdeckung einschließlich Hoch- und
Niederhalter, Führungsschienen mit Konsolen,
Halterungen für Probenmagazine YE
- 1.4 die Brennelementwechseleinrichtung PL
- 1.5 die Seismische Instrumentierung JF
- 1.6 die Gaswarnanlage XW
- 1.7 die Strahlungs- und Aktivitätsüberwachungssysteme
für bestimmungsgemäßen Betrieb
- 1.8 die Reaktorleistungsbegrenzungen und Steuerstabsteue-
rung
- 1.9 die Kommunikationseinrichtungen
- 1.10 die Meldeanlage.

I./II.

2. Die Genehmigung berechtigt nicht zum Umgang mit Kern-
brennstoffen oder sonstigen radioaktiven Stoffen.
3. Die Erteilung des vorliegenden Genehmigungsbescheids
begründet keinen Anspruch auf eine weitere atom-
rechtliche Genehmigung.

II. Genehmigungsunterlagen

Der Genehmigung liegen folgende Unterlagen zugrunde:

1. Der Sicherheitsbericht "Kernkraftwerk RWE-Bayernwerk
(KRB II) Gundremmingen, Doppelblockanlage mit Siede-
wasserreaktor, therm. Leistung 2 x 3840 MW", Ausgabe
März 1974,
2. die Unterlagen der Kraftwerk Union AG "Änderungen der
Anlage KRB II gegenüber dem Planungsstand März 1974 auf-
grund der Begutachtung durch den TÜV Bayern" vom
10.11.1975,
3. das "Gutachten über die Sicherheit des 2600-MWe-Kern-
kraftwerkes Gundremmingen (KRB II) für das atomrechtli-
che Genehmigungsverfahren - Errichtungsgutachten -", er-
stattet im Auftrag des StMLU vom Technischen Überwa-
chungs-Verein Bayern e.V. (TÜV Bayern) vom 6.3.1975
nebst dem Ergänzungsgutachten hierzu vom 21.11.1975, im
folgenden "Errichtungsgutachten" genannt,

II.

4. das "Gutachten über die Sicherheit des Kernkraftwerkes Gundremmingen II (KRB II) für das atomrechtliche Genehmigungsverfahren - Teilerrichtungsgutachten für die 5. Teilgenehmigung -", erstattet im Auftrag der StMLU vom TÜV Bayern vom 23.09.1981, im folgenden "Teilerrichtungsgutachten für die 5. Teilgenehmigung" genannt.

Soweit die Beschreibung der Auslegung des Kernkraftwerks im Errichtungsgutachten oder der Anlagenteile im Teilerrichtungsgutachten für die 5. Teilgenehmigung von den unter Nr. 1 und 2 aufgeführten Unterlagen abweicht, liegt dieser Genehmigung der in den vorstehenden Gutachten beschriebene Sachverhalt zugrunde.

5. die Zeichnungen der Kraftwerk Union AG, soweit keine andere Firma angegeben:

Wasserstoffüberwachungssystem XP 60
H2-Überwachungssystem Zchnng.-Nr.R312F-11-537d

Wasserstoffabbausystem XP 90
H2-Abbausystem Zchnng.-Nr.R312F-00-538g

Reaktordruckbehältereinbauten Kernmantel,
Rückströmraumabdeckung einschließlich Hoch-
und Niederhalter, Führungsschienen mit
Konsolen, Halterungen für Probenmagazine YE
Reaktordruckbehälter mit
Einbauten Zchnng.-Nr.R221-E-OV-25984 Rev.2

Brennelementwechseleinrichtung PL
Lademaschine Zchnng. der Fa. Noell Nr.214000A

Seismische Instrumentierung JF
Zchnng.-Nr.203000-V316E-3v-00001

Gaswarnanlage XW
Zchnng.-Nr.203000-V316E-3v-00002

II.

Strahlungs- und Aktivitätsüberwachungssysteme
für bestimmungsgemäßen Betrieb
Übersichtsplan Aktivitätsinstrumentierung Zchnng.-Nr.203000-R131F-00-17009a

Reaktorleistungsbegrenzungen und Steuerstabs-
steuerung
Leistungsverteilungs-
Überwachungssystem Zchnng.-Nr.203000-R133F-44-90023
Übersichtsplan Haupt-
Kühlmittelumwälzpumpen " 203000-V316E-3V-76004
Steuerstab-Steuerungs-
System " 203000-R133F-44-90021
Räumliche Aufteilung " 203000-R133F-44-90022

Kommunikationseinrichtungen
Kommunikation inner-
halb des Kernkraft-
werkes und nach außen
Zchnng. der Fa.RWE Nr.42-4-KRBII-0138a

Meldeanlage
Gesamtkonzept Zchnng.-Nr.203000-V316E-3V-00003
PCM-Anlage " 203000-V316E-3V-00005
Konventionelle Melde-
anlage KMA " 203000-V316E-3V-00006
Kriterienrechner " 203000-V316E-3V-00007
Überwachungsrechner " 203000-V316E-3V-00008

III./IV.

III. Allgemeine Auflagen zu Auslegung, Ausführung und Einbau von Anlagenteilen

1. Alle sicherheitstechnisch wichtigen apparativen, maschinentechnischen und elektrotechnischen Anlagenteile, Einrichtungen und Systeme müssen den anerkannten Regeln von Wissenschaft und Technik entsprechend so ausgelegt und ausgeführt werden, daß bei der Errichtung und beim späteren Betrieb des Kernkraftwerks Einzelne und/oder die Allgemeinheit nicht gefährdet werden können. Sie müssen in Vorprüfungen, Werkstoff-, Bau-, Abnahme- und Funktionsprüfungen den Anforderungen genügen und in einwandfreiem baulichen Zustand gehalten werden.
2. Die in Abschnitt I aufgeführten apparativen, maschinentechnischen und elektrotechnischen Anlagenteile und Einrichtungen oder Teile davon dürfen in die Anlage nur dann eingebaut werden, wenn ihre Vorprüfung oder eine entsprechende Prüfung und die Prüfungen im Herstellerwerk sowie die Beurteilung der Prüfpläne für die Bauprüfung (Montageprüfung) durch die Sachverständigen abgeschlossen sind. Abweichungen bedürfen der vorherigen Zustimmung durch die Aufsichtsbehörde (StMLU).

IV. Besondere Auflagen und Hinweise

Kraftwerksanlage

1. Vor Einbau der Meßgeräte zur Überwachung der Abluftstränge ist dem TÜV Bayern im einzelnen nachzuweisen, daß diese Geräte geeignet sind, die Aktivitätskonzentration von Aerosolen, radioaktivem Jod und radioaktiven Edelgasen mit hinreichender Genauigkeit zu bestimmen.

IV./V.

Entsorgungsvorsorge

2. Die zum Nachweis der Entsorgungsvorsorge vorgelegten Unterlagen sind im weiteren atomrechtlichen Genehmigungsverfahren fortlaufend zu konkretisieren. Eine erhebliche Veränderung der Entsorgungsvorsorge ist dem StMLU unverzüglich mitzuteilen.
3. Es wird darauf hingewiesen, daß eine erste Betriebsgenehmigung erst erteilt werden kann, wenn die Entsorgung der Anlage entsprechend den "Grundsätzen zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke" über einen ausreichenden Betriebszeitraum sichergestellt ist.

V. Verantwortliche Personen

1. Verantwortliche Personen für die Errichtung der mit diesem Bescheid genehmigten Anlagenteile des Kernkraftwerks im Sinne des § 7 Abs. 2 Nr. 1 AtG sind:
 - 1.1 Von der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG
die Herren Dr. Eitz, Dr. Langeneke und Haußmann,
 - 1.2 von der Bayernwerk AG
die Herren Dr. Knoerzer und Gaßner,
 - 1.3 von der Kraftwerk Union AG
die Herren Mattern und Kuhne,
 - 1.4 von der Hochtief AG
die Herren Hentze und Müller-Run.

V./VI.

2. Ein Wechsel der für die Errichtung des Kernkraftwerks verantwortlichen Personen ist dem StMLU als Aufsichtsbehörde unter Vorlage der zur Überprüfung der Zuverlässigkeit und Fachkunde der neu zu bestellenden Personen notwendigen Nachweise unverzüglich anzuzeigen; er bedarf der Zustimmung des StMLU.
3. Für die Sicherung der Baustelle sowie die örtliche Durchführung und Überwachung aller Objektsicherungsmaßnahmen im Sinne des § 7 Abs. 2 Nr. 5 Atomgesetz ist die im Schreiben der Kernkraftwerk RWE- Bayernwerk II GbR vom 3.5.1979 für das KRB II benannte Person als Sicherungsbeauftragter zuständig. Ein Wechsel dieser Person ist dem StMLU als Aufsichtsbehörde anzuzeigen und bedarf seiner Zustimmung.

VI. Sonstige Öffentlich-rechtliche Vorschriften

1. Dieser Genehmigungsbescheid ergeht unbeschadet der Entscheidungen anderer Behörden, die für das Gesamtvorhaben oder für einzelne Teilanlagen im Rahmen des Gesamtvorhabens auf Grund anderer Öffentlich-rechtlicher Vorschriften erforderlich sind. Diese Entscheidungen sind dem StMLU jeweils unverzüglich vorzulegen.
2. Nebenbestimmungen, die sich über die Festlegungen des vorliegenden Genehmigungsbescheids hinaus aus den auf Grund anderer Öffentlich-rechtlicher Vorschriften für das Gesamtvorhaben oder für einzelne Teilanlagen im Rahmen des Gesamtvorhabens erforderlichen Entscheidungen anderer Behörden ergeben, bleiben unberührt.

VII./VIII./IX.

VII. Anzeigen und Vorbehalte

Die Festlegungen über Anzeigen und Vorbehalte in den Abschnitten IX und X des 1. Teilgenehmigungsbescheids vom 16.7.1976 gelten auch für diesen Bescheid.

VIII. Kosten

1. Die Antragsteller haben die Kosten des Verfahrens als Gesamtschuldner zu tragen.
2. Die Gebühr für diesen Genehmigungsbescheid wird auf 4000,-- DM (in Worten: viertausend Deutsche Mark) festgesetzt.
3. Die endgültige Festsetzung der Höhe der Gebühr bleibt der abschließenden Entscheidung über die Genehmigung zum Betrieb der Anlage vorbehalten.
4. Auslagen werden gesondert erhoben.

IX. Sofortige Vollziehung

Dieser Genehmigungsbescheid wird für sofort vollziehbar erklärt.

Begründung

A. Sachverhalt

1. Bisheriger Ablauf des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens für das Kernkraftwerk Gundremmingen II

Die Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk (RWE) AG, die Bayernwerk AG (BAG), die Kraftwerk Union AG, die Hochtief AG und die Kernkraftwerk Gundremmingen Verwaltungsgesellschaft mbH beabsichtigen, in Gundremmingen, Landkreis Günzburg, ein Kernkraftwerk als Doppelblockanlage mit Siedewasserreaktoren der Baulinie 72 der Kraftwerk Union AG von 3840 Megawatt (MW) thermischer Leistung (1244 MW elektrischer Nettoleistung) je Block zu errichten. Mit dem 1. Teilgenehmigungsbescheid des StMLU vom 16.7.1976 Nr. 6341a9-VI/2, VII/2-23217, dem 2. Teilgenehmigungsbescheid vom 22.12.1977 Nr. 9209-VI/2-46716, dem 3. Teilgenehmigungsbescheid vom 30.1.1980 Nr. 9209-VI/2-4149 und dem 4. Teilgenehmigungsbescheid vom 10.2.1981 Nr. 9209-VI/6-3572 wurde die Errichtung bestimmter Anlagenteile der Doppelblockanlage genehmigt.

Bezüglich der Beschreibung des Kernkraftwerks und des Inhalts der o.g. Genehmigungen im einzelnen sowie des durchgeführten Genehmigungsverfahrens wird auf die o.a. Genehmigungsbescheide verwiesen.

2. Gegenstand und Ablauf des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens zur Erteilung des 5. Teilgenehmigungsbescheids

Die Kernkraftwerk RWE-Bayernwerk (KRB) II GbR hat mit

Schreiben vom 10.8.1981 für die in Abschnitt I.1 genannten Antragsteller die Genehmigung zur Errichtung weiterer Anlagenteile des Kernkraftwerks Gundremmingen II beantragt. Die beantragten Anlagenteile (Systeme und sonstige anlagentechnische Einrichtungen) sind im einzelnen in Abschnitt I aufgeführt.

Im Rahmen des projektbegleitenden Gesamtauftrags hat sich der TÜV Bayern hierzu gutachtlich geäußert.

B. Rechtliche und sicherheitstechnische Würdigung

1. Die Errichtung der in Abschnitt I.1 aufgeführten Anlagenteile des Kernkraftwerks Gundremmingen II bedarf der Genehmigung nach § 7 AtG in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.10.1976 (BGBl I S. 3053), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.8.1980 (BGBl I S. 1556). Die Genehmigung ist allen Errichtern (Inhabern) der Anlage im Sinne von § 7 Abs. 1 AtG zu erteilen, nämlich der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, der Bayernwerk AG, der Kraftwerk Union AG, der Hochtief AG und der Kernkraftwerk Gundremmingen Verwaltungsgesellschaft mbH.

Zuständig für die Erteilung der Genehmigung ist das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (StMLU) im Einvernehmen mit den Bayerischen Staatsministerien für Arbeit und Sozialordnung und für Wirtschaft und Verkehr (vgl. § 24 Abs. 2 Satz 1 AtG i.V. mit § 1 der Verordnung über die Zuständigkeiten zum Vollzug atomrechtlicher Vorschriften (AtZustV) vom 3.5.1977 (GVBl S. 160)).

2. Die beantragte Genehmigung kann mit den in diesem Bescheid festgesetzten Auflagen erteilt werden, weil die Genehmigungsvoraussetzungen des § 7 Abs. 2 AtG erfüllt und keine Gründe erkennbar sind, die beantragte Genehmigung zu versagen.
- Die gegen das Vorhaben der Antragsteller vorgebrachten Einwendungen wurden bereits im 1. Teilgenehmigungsbescheid behandelt und zurückgewiesen, soweit ihnen nicht durch Auflagen Rechnung zu tragen war.

Im einzelnen ist festzustellen:

- 2.1 Es liegen keine Tatsachen vor, aus denen sich Bedenken gegen die Zuverlässigkeit der Antragsteller und der von ihnen für die Errichtung benannten verantwortlichen Personen (s. Abschnitt V) ergeben (s. § 7 Abs. 2 Nr. 1 AtG). Das von den Antragstellern für die Errichtung vorgesehene "Schlüssel"-Personal ist einer vorbeugenden Sicherheitsüberprüfung unterzogen worden. Die verantwortlichen Personen besitzen nach Vorbildung und bisheriger beruflicher Tätigkeit die erforderliche Fachkunde.
- 2.2 Die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden durch die Errichtung und den späteren Betrieb des Kernkraftwerks ist bei Einhaltung der Auflagen des vorliegenden Genehmigungsbescheids und der bisher erteilten Teilgenehmigungsbescheide getroffen (s. § 7 Abs. 2 Nr. 3 AtG):

Die bisherigen, auf Grund der 1., 2., 3. und 4. Teilgenehmigung durchgeführten Maßnahmen sind ordnungsgemäß und entsprechend den Auflagen in diesen Teilgenehmigungsbescheiden abgewickelt worden.

Die in § 7 Abs. 2 Nr. 3 AtG geforderte Schadensvorsorge ist gewährleistet durch die hohen Anforderungen an die Auslegung und Qualität der in Abschnitt I genehmigten Anlagenteile und die in den Genehmigungsunterlagen (Abschnitt II) vorgesehenen Schutzmaßnahmen. Dadurch wird sichergestellt, daß durch die Errichtung und den späteren Betrieb der Anlage eine Gefahr für Leben, Gesundheit und Sachgüter einzelner Personen und/oder der Allgemeinheit nicht zu befürchten ist.

Die Erfüllung der erforderlichen Schadensvorsorge wurde durch die nachfolgenden gutachtlichen Äußerungen bestätigt.

- 2.2.1 Der TÜV Bayern, der als Sachverständiger der Genehmigungsbehörde gemäß § 20 AtG mit der sicherheitstechnischen Begutachtung und Prüfung der Anlage beauftragt ist, hat sich bereits in seinem Errichtungsgutachten (s. Abschnitt II.3) und in seinen Teilerrichtungsgutachten für die 2., 3. und 4. Teilgenehmigung mit den Sicherheitsfragen befaßt, die sich für die Errichtung der Anlage ergeben; hierbei hat er keine grundsätzlichen Bedenken erhoben.

Der TÜV Bayern hat sich in Fortsetzung der sicherheitstechnischen Begutachtung und Prüfung der Anlage in seinem Teilerrichtungsgutachten für die 5. Teilgenehmigung (s. Abschnitt II.4) auftragsgemäß mit den Sicherheitsfragen befaßt, die sich für die Errichtung der in Abschnitt I.1.1 bis I.1.10 aufgeführten Systeme bzw. sonstigen anlagentechnischen Einrichtungen ergeben.

Der TÜV Bayern kommt in seinem Teilerrichtungsgutachten für die 5. Teilgenehmigung zu dem Ergebnis, daß aufgrund der durchgeführten Untersuchungen gegen die Errichtung der darin behandelten Systeme und Anlagenteile keine sicherheitstechnischen Einwände bestehen.

Die im Teilerrichtungsgutachten für die 5. Teilgenehmigung enthaltenen Gutachtensbedingungen des TÜV Bayern wurden im vorliegenden Genehmigungsbescheid in Form von Auflagen berücksichtigt.

- 2.2.2 Die im Schreiben des Bundesministers des Innern vom 29.12.1975 zur Errichtung der Anlage erhobenen sicherheitstechnischen Forderungen sind, soweit sie für den vorliegenden Genehmigungsbescheid erheblich sind, erfüllt.
- 2.3 Eine Vorsorge für die Erfüllung gesetzlicher Schadenersatzverpflichtungen gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 4 AtG ist für die 5. Teilgenehmigung noch nicht erforderlich. Da die 5. Teilgenehmigung nicht zum Betrieb der Reaktoren und auch nicht zum Umgang mit Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen berechtigt (s. Abschnitt I.2), kann ein Risiko durch ein nukleares Ereignis oder durch ionisierende Strahlung, wie es die Deckungsvorsorgeverpflichtung voraussetzt, nicht entstehen.
- 2.4 Der erforderliche Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter auf die Anlage während der Errichtung (§ 7 Abs. 2 Nr. 5 AtG) ist durch die in Abschnitt VI.20 bis 22 des 1. Teilgenehmigungsbescheids, in Abschnitt IV.5 des 2. Teilgenehmigungsbescheids, in Abschnitt IV.4 des 3. Teilgenehmigungsbescheids und in Abschnitt IV.2 des 4. Teilgenehmigungsbescheids angeordneten Maßnahmen baulich-technischer und administrativ-organisatorischer Art gewährleistet. Das gesamte Kraftwerksgelände ist eingezäunt und kann nur über kontrollierte Zugänge betreten und verlassen werden. Die Anlage wird durch einen leistungsstarken, bewaffneten Werksschutz gegen unbefugtes Betreten Tag und Nacht bewacht.

- 2.5 Die Frage, ob überwiegende öffentliche Interessen, insbesondere im Hinblick auf die Reinhaltung des Wassers, der Luft und des Bodens der Wahl des Standorts des Kernkraftwerks entgegenstehen (s. § 7 Abs. 2 Nr. 6 AtG), wurde bereits bei der Erteilung des 1. Teilgenehmigungsbescheids eingehend geprüft und verneint.

3. Nach § 9 a Abs. 1 AtG besteht für den Errichter und Betreiber einer kerntechnischen Anlage die Verpflichtung, für die schadlose Verwertung von anfallenden radioaktiven Reststoffen (dazu gehören insbesondere die abgebrannten Brennelemente) oder - soweit dies nicht möglich ist - für deren geordnete Beseitigung als radioaktive Abfälle zu sorgen.

Den in den "Grundsätzen zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke" vom 29.2.1980 (BAnz.Nr. 58 vom 22.3.1980) niedergelegten Anforderungen ist entsprochen. Den Antragstellern wurde auferlegt, die Unterlagen zum Nachweis der Entsorgungsvorsorge im weiteren Genehmigungsverfahren zu konkretisieren und Veränderungen der Entsorgungsvorsorge unverzüglich mitzuteilen (s. Abschnitt IV.2).

Die von den Antragstellern beabsichtigten und bisher getroffenen Vorkehrungen zur Entsorgung des KRB II - Erhöhung der Kapazität der Brennelementelagerbecken durch Einbau von Kompaktlagergestellen, Abschluß von Verträgen mit der französischen Firma COGEMA über die Abnahme von abgebrannten Brennelementen - sowie die zur Realisierung des deutschen Entsorgungskonzepts eingeleiteten Maßnahmen lassen den Schluß zu, daß die späteren Betreiber des KRB II auch langfristig ihrer Verpflichtung nach § 9a AtG nachkommen können. Im übrigen wird auf die Ausführungen in Abschnitt B.3 des 3. Teilgenehmigungsbescheids verwiesen.

4. Die außer den Genehmigungsvoraussetzungen des § 7 Abs. 2 AtG für die Errichtung des KRB II in Betracht kommenden sonstigen Öffentlich-rechtlichen Vorschriften (s. Abschnitt B.3 des 1. Teilgenehmigungsbescheids) sind weiterhin beachtet (s. § 14 AtVfV).

Mit den Bescheiden vom 5.9.1980 Nr. Da 1079/Th/Jfm und 11.9.1980 Nr. Da 1080/Th/Jfm hat das Gewerbeaufsichtsamt Augsburg die Erlaubnis zur Errichtung der Dampfkesselanlagen (Teilerlaubnis nach § 11 DampfkV) der beiden Blöcke B und C des KRB II erteilt. Für den Betrieb dieser Anlagen ist noch die Erlaubnis des Gewerbeaufsichtsamtes Augsburg erforderlich.

C. Kostenentscheidung

Die Kostenentscheidung in Abschnitt VIII beruht auf Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung von Kostenvorschriften des Atomgesetzes vom 20. August 1980 (BGBl I S. 1556) i.V.m. § 21 Abs. 1 und 6 AtG in der Fassung vom 31.10.1976 (BGBl I S. 3053), § 13 Abs. 1 Nr. 1 des Verwaltungskostengesetzes (VwKostG) vom 23.6.1970 (BGBl I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.12.1976 (BGBl I S. 3341), in Verbindung mit § 1 der Kostenverordnung zum Atomgesetz vom 24.3.1971 (BGBl I S. 266). Die Kosten des Verfahrens haben die Antragsteller gemäß § 13 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 VwKostG als Gesamtschuldner zu tragen.

Die in Abschnitt VIII.2 für die beantragte Amtshandlung festgesetzte Gebühr ergibt sich unter Berücksichtigung der voraussichtlich anrechnungsfähigen Baukosten und der bereits festgesetzten Gebühren des 1., 2., 3. und 4. Teilgenehmigungsbescheids aus Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung von Kostenvorschriften des Atomgesetzes i.V.m. § 21 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und Satz 2 AtG in der Fassung vom 31.10.1976 (BGBl I S. 3053) und den §§ 4 und 5 Abs. 1 der Kostenverordnung zum Atomgesetz.

Die endgültige Gebührenfestsetzung bleibt der abschließenden Entscheidung über die Genehmigung zum Betrieb der Gesamtanlage des KRB II (s. § 5 Abs. 1 der Kostenverordnung zum Atomgesetz) vorbehalten.

Neben der Verwaltungsgebühr sind noch die Auslagen des Genehmigungsverfahrens (s. § 21 Abs. 1 AtG, § 10 VwKostG), insbesondere die Aufwendungen für die zugezogenen Sachverständigen (s. § 21 Abs. 2 AtG), zu erstatten. Diese werden jeweils gesondert erhoben.

D. Anordnung der sofortigen Vollziehung

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung des Bescheids gemäß § 80 Abs. 2 Nr.4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 21.Jan.1960 (BGBl I S.17) für beide Kraftwerksblöcke ist sowohl im öffentlichen Interesse als auch im überwiegenden Interesse der beteiligten Energieversorgungsunternehmen RWE AG und BAG geboten.

1. Nach dem gegenwärtigen Stand der Arbeiten ist die Inbetriebnahme von KRB II, Block B, im April 1984 und von KRB II, Block C, im Dezember 1984 geplant. Diese Termine können nur dann gehalten werden, wenn die mit diesem Bescheid zu genehmigenden Arbeiten unmittelbar nach dessen Erteilung in Angriff genommen werden können. Dies wäre ohne die Anordnung der sofortigen Vollziehung im Falle einer Anfechtungsklage wegen deren aufschiebender Wirkung (§ 80 Abs. 1 VwGO) nicht möglich. Dadurch würde sich auch die noch zu genehmigende Betriebsaufnahme der beiden Kernkraftwerksblöcke weiter verzögern. Aus folgenden Gründen wäre dies sowohl im öffentlichen Interesse als auch im überwiegenden Interesse der Antragsteller RWE AG und BAG nicht vertretbar:

- 1.1 Das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung ist darin begründet, daß
- 1.1.1 bei einer Verzögerung der Inbetriebnahme von KRB II die Sicherheit der Stromversorgung in den Versorgungsgebieten der RWE AG und der BAG gefährdet wäre,
- 1.1.2 durch eine möglichst umgehende Inbetriebnahme des KRB II Mineralöl eingespart und dadurch die Sicherheit der Energieversorgung im allgemeinen wie auch der Stromversorgung im besonderen erhöht wird und
- 1.1.3 eine Verzögerung der Inbetriebnahme zu Stromerzeugungsmehrkosten führen würde, die eine gesamtwirtschaftlich nachteilige weitere Erhöhung der Strompreise im Bereich der antragstellenden Elektrizitätsversorgungsunternehmen nach sich ziehen müßten.

Im einzelnen wird auf die jeweilige Begründung für die Anordnung der sofortigen Vollziehung in den vorangegangenen Teilgenehmigungsbescheiden verwiesen; die dortigen Ausführungen gelten im wesentlichen heute noch. Auf Grund der seit der Erteilung dieser Teilgenehmigungen eingetretenen Veränderungen der Energieversorgungssituation sind zusätzlich folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

Zu 1.1.1:

Die Leistung des KRB II wird zu 75 % dem Versorgungsgebiet der RWE AG und zu 25 % dem der BAG zur Verfügung stehen. Die folgende Betrachtung über den wahrscheinlichen Eintrittszeitpunkt des Leistungsdefizits kann sich daher auf die hauptbeteiligte RWE AG beschränken; sie trifft in ähnlicher Weise auch für die BAG zu.

Die ursprünglich für 1980/81 vorgesehene Inbetriebnahme des KRB II hat sich erheblich verzögert. Nach dem derzeitigen Stand des Bauvorhabens ist - wie oben bereits angeführt - mit der Inbetriebnahme des Blocks B nicht vor April 1984 und des Blocks C nicht vor Dezember 1984 zu rechnen. Damit steht im Bereich der RWE AG zum Zeitpunkt der Winterhöchstlast 1983/84 die zur sicheren Deckung des Strombedarfs erforderliche Reserveleistung nicht mehr zur Verfügung, so daß die Versorgungssicherheit bereits eingeschränkt ist. Insoweit darf auf die Ausführungen in den vorangegangenen Teilgenehmigungsbescheiden verwiesen werden.

Die Versorgungssicherheit wäre gefährdet, wenn KRB II, Block B, nicht zum Zeitpunkt der Winterhöchstlast 1984/85 und KRB II, Block C, nicht zum Zeitpunkt der Winterhöchstlast 1985/86 zur Verfügung stünden.

Bei der Beurteilung der künftigen Versorgungssituation und der daraus gefolgerten Notwendigkeit, KRB II baldmöglichst in Betrieb zu nehmen, ist von folgender Leistungsbilanz auszugehen:

Derzeit (Stand 1.7.1981, Nettoangaben) kann die RWE AG eine Kraftwerksleistung von rund 24.630 MW zur sicheren Deckung des Strombedarfs in ihrem Versorgungsgebiet einsetzen. Bis zum Winter 1984/85 werden - ohne KRB II, Block B - voraussichtlich rund 1.310 MW Kraftwerksleistung in Betrieb genommen werden. Diesen Zubauten stehen Abbauten aus Altersgründen und auslaufende Bezugsverträge von rund 350 MW gegenüber, so daß zur sicheren Deckung der Winterhöchstlast 1984/85 insgesamt eine Kraftwerksleistung - ohne KRB II, Block B - von rund 25.590 MW zur Verfügung stehen wird.

Die Vorausschau des Leistungsbedarfs der RWE AG im Winter 1984/85 geht von der für die langfristige Ausbauplanung maßgeblichen Höchstlast aus, die am 22.1.1979 (10.00 Uhr) aufgetreten ist und 20.005 MW betrug. Nach Abzug der in diesem Wert enthaltenen Industrieübertragungen und Sonderlieferungen sowie der Bereinigung von Konjunktur- und Temperatureinflüssen ergibt sich als Basis für die Vorschau der künftig zu deckenden Höchstlast im eigentlichen RWE-Versorgungsbereich eine bereinigte Winterhöchstlast 1978/79 von 17.000 MW. Bei einer angenommenen linearen Steigerung von 5 % p.a. (850 MW/Jahr) wird somit die Winterhöchstlast 1984/85 rund 22.100 MW betragen.

Bereits in den vorhergehenden Teilgenehmigungen wurde die angenommene Steigerungsrate von 5 % p.a. (850 MW/Jahr) ausführlich begründet. Ein Vergleich mit der Winterhöchstlast im Jahr 1980/81 bestätigt die Richtigkeit der Annahme. Im Winter 1980/81 betrug die Höchstlast 19.599 MW. Sie trat am 6.11.1980 um 13.30 Uhr auf; in ihr sind auch freiwillige, kurzfristig unterbrechbare Sonderlieferungen in Höhe von rund 1.600 MW enthalten. Nach Abzug dieses Wertes und unter Berücksichtigung der Temperatureinflüsse ergibt sich daraus eine bereinigte Winterhöchstlast 1980/81 von rund 18.720 MW; dieser Wert weicht von dem auf der Basis der Winterhöchstlast 1978/79 prognostizierten Wert von rund 18.700 MW nur um rund 20 MW ab.

Ein Vergleich der zu erwartenden Winterhöchstlast 1984/85 von 22.100 MW mit der zum selben Zeitpunkt - ohne KRB II, Block B - installierten Kraftwerksleistung von 25.590 MW zeigt, daß für die zu diesem Zeitpunkt in Betrieb befindlichen Kraftwerksanlagen nur mehr eine Leistungsreserve von 3.490 MW zur Verfügung steht.

Diese Leistungsreserve ist für einen Kraftwerkspark, in dem mehrere 1.300 MW- und 700 MW-Blöcke betrieben werden, bei weitem nicht ausreichend. Sie müßte aufgrund von Wahrscheinlichkeitsrechnungen und langjähriger Erfahrungswerte rund 4.300 MW betragen. Ohne die rechtzeitige Inbetriebnahme des KRB II, Block B, wäre daher die erforderliche Reserveleistung um mehr als 18 % geschmälert; dies würde die Versorgungssicherheit gefährden. Die Situation würde sich zusätzlich drastisch verschärfen, wenn sich auch die Inbetriebnahme eines weiteren ebenfalls zur Zeit in Bau befindlichen Kraftwerks im RWE-Bereich über den Zeitpunkt der Winterhöchstlast 1984/85 verzögern würde, was unter den heutigen Gegebenheiten ohne weiteres der Fall sein kann.

Eine ähnliche Situation wird zum Zeitpunkt der Winterhöchstlast 1985/86 eintreten, wenn zwar der Block B des KRB II, nicht aber der Block C termingerecht in Betrieb gehen kann. Einschließlich des KRB II, Block B, wird zum Zeitpunkt der Winterhöchstlast 1985/86 der Zubau von rund 2.970 MW Kraftwerksleistung erwartet. Dem stehen Abbauten und der Wegfall von Bezugsleistung in Höhe von 1.050 MW gegenüber. Abzüglich einer erforderlichen Reserveleistung von rund 4.450 MW beträgt damit die zum Zeitpunkt der Winterhöchstlast 1985/86 verfügbare Leistung rund 22.100 MW. Bei einer zu erwartenden Höchstlast von rund 22.950 MW ergibt sich somit ein Leistungsdefizit von rund 850 MW.

Darüber hinaus ist auch zu berücksichtigen, daß der überproportionale Anstieg der Preise für leichtes Heizöl, das derzeit in mehr als der Hälfte aller Wohnungen als Brennstoff verwendet wird, den Verbraucher im Winter zu einer verstärkten Nutzung des Stromes für Heizzwecke veranlassen wird.

Angesichts der auch außerhalb der Versorgungsbereiche der BAG und der RWE AG bestehenden Probleme hinsichtlich des notwendigen Kapazitätsszubaues können die aufgezeigten Leistungsdefizite auch nicht durch gesicherten Fremdbezug ausgeglichen werden.

Eine mögliche Verzögerung der Inbetriebnahme des KRB II, die durch die Anordnung der sofortigen Vollziehung verhindert werden soll, würde daher insbesondere das öffentliche Interesse an einer weiterhin gesicherten Stromversorgung in den Versorgungsbereichen der RWE AG wie auch der BAG nachhaltig beeinträchtigen.

Zu 1.1.2

Soweit das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung des vorliegenden Genehmigungsbescheids darin liegt, die Mineralölabhängigkeit der Energieversorgung in der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere in Bayern so rasch wie möglich zu vermindern, ist ergänzend zu den Ausführungen in den vorhergehenden Teilgenehmigungsbescheiden darauf hinzuweisen, daß sich die Bundesregierung am 21.7.1981 erneut auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa verpflichtet hat, "die Ersetzung von Erdöl durch andere Brennstoffe zu fördern" (siehe Bulletin der Bundesregierung Nr.71 vom 24.7.1981 S.615). Daß dieses Ziel u.a. nur durch einen möglichst raschen weiteren Einsatz der Kernenergie zu erreichen ist, wurde bereits in den vorhergehenden Teilgenehmigungsbescheiden ausführlich dargelegt.

Darüber hinaus ist ein größerer Anteil der Kernenergie zur Deckung unseres Energiebedarfs auch unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten geboten. Insbesondere durch die rasanten Preissteigerungen auf den internationalen Rohölmärkten hat sich die Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland im vergangenen Jahr drastisch verschlechtert und wies Ende 1980 ein Defizit von mehr als

28 Mrd. DM auf. Durch den beschleunigten Einsatz der Kernenergie kann eine Vergrößerung dieses Defizits eingeschränkt bzw. eine Verringerung herbeigeführt werden. Dies läßt sich anhand folgender Zahlen ermeszen: Der Ersatz des innerhalb von 24 Std. in einem Block des KRB II erzeugbaren Stroms durch elektrische Energie auf Ölbasis verursacht einen täglichen Bedarf von rund 6.500 t schwerem Heizöl mit einem derzeitigen Gesamtwert von rund 3 Mio DM. Für die in einem Block des KRB II unter Berücksichtigung der Stillstandszeiten für Brennelementwechsel und Wartung bzw. Revision während eines Jahres erzeugbare elektrische Energie von über 8 Mrd. Kilowattstunden müßten somit alternativ rund 2 Mio t schweres Heizöl mit einem derzeitigen Gesamtwert von rund 920 Mio DM unter Kraftwerkskesseln verfeuert werden. Demgegenüber betragen die in der gleichen Betriebszeit entstehenden Importkosten für angereichertes Uran lediglich ca. 80 Mio DM.

Zu 1.1.3

Das besondere öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung besteht auch deshalb, weil im Fall einer Verzögerung der Inbetriebnahme des KRB II die BAG und die RWE AG - soweit dies nach den Ausführungen unter 1.1.1 überhaupt möglich wäre - den an sich durch diese Anlage im Grundlastbetrieb kostengünstig erzeugbaren Strom durch andere Kraftwerke auf fossiler Brennstoffbasis bereitstellen müßte. Hierfür kämen insbesondere im Bereich der BAG nur die vorhandenen Ölkraftwerke, im RWE-Bereich Öl-, Gas- und ältere Steinkohlekraftwerke in Frage. Daß die hierbei entstehenden Mehraufwendungen auf das Strompreisniveau in den Versorgungsbereichen von RWE und BAG nicht ohne Einfluß bleiben könnten, steht außer Frage. Eine solche Entwicklung würde nicht nur dem Ziel des Energiewirtschaftsgesetzes, die Stromversorgung so billig wie möglich zu gestalten, widersprechen, sondern

könnte darüber hinaus zu nicht abschätzbaren, gesamtwirtschaftlich unerwünschten und schädlichen Folgen führen.

- 1.2 Neben den oben angesprochenen öffentlichen Belangen ist die Anordnung der sofortigen Vollziehung auch wegen überwiegender Interessen der Antragsteller geboten.


Wenngleich die RWE AG und die BAG bestrebt sein werden, die durch eine verzögerte Inbetriebnahme des KRB II entstehenden Mehrkosten auf Dauer auf ihre Strompreise umzulegen und diese Mehrkosten letzten Endes - wie oben ausgeführt - vom Verbraucher zu tragen wären, ist diese Möglichkeit nach Zeitpunkt und Umfang rechtlich und aus Gründen des Wettbewerbs begrenzt. Die Ertragslage der antragstellenden Unternehmen würde durch diese Verzögerungen erheblich beeinträchtigt.

2. Das öffentliche Interesse und das Interesse der Beteiligten an der sofortigen Vollziehung des Genehmigungsbescheids überwiegen gegenüber den Interessen möglicher Kläger an der aufschiebenden Wirkung. Die Durchführung der mit diesem Bescheid genehmigten Maßnahmen ist mit keiner Beeinträchtigung Dritter verbunden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in Augsburg, Kornhausgasse 4, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Streitgegenstand bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

I.A.


Ministerialdirigent